

Energiewende in Niedersachsen beschleunigen

Turbo für Sonne, Wind und Biogas

Fridays for Future protestierten, das Bundesverfassungsgericht sprach sein historisches Klima-Urteil, Pipeline-Gas wurde zum politischen Druckmittel, die Energiepreise explodieren: Alle reden vom beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Doch die Realität in Niedersachsen sieht anders aus: Die Große Koalition kommt bei Sonne, Wind und Biogas seit Jahren nur noch in Schnecken-tempo voran. Gerade mal 1,1 Prozent der Landesflächen werden für die Windenergie genutzt. Während 2017 noch 485 Windkraftanlagen mit 1,4 Gigawatt Leistung installiert wurden, waren es 2020 nur 27 zusätzliche Anlagen mit 0,13 Gigawatt. Das liegt auch daran, dass die Kommunen bei der Flächenausweisung weitgehend allein gelassen werden und das Land weder Abstände, Schutzkriterien noch Mindestflächenausweisungen vorgibt.

Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden fehlen weitgehend. Hier wurden in den letzten zwei Jahren ganze 12 Solaranlagen auf über 3000 Landesgebäuden gebaut. Wenn die Groko in dem Tempo weitermacht, dauert es 125 Jahre alle Gebäude mit Solarzellen auszustatten. Selbst der Landesrechnungshof kritisiert die zu „wenig ambitionierte“ Solarstrategie des Landes als unökonomisch bei steigenden Kosten für fossile Energien. Gleichzeitig könnten Biogas-Anlagen besser genutzt werden, um Erdgas bei der Stromerzeugung zu ersetzen.

Das Land hat viele Handlungsmöglichkeiten, die Energiewende schneller umzusetzen. Diese wollen wir nutzen, um die Energieversorgung sicher, bezahlbar und klimafreundlich zu machen.

Standortvorteil Windenergie:

1. Vorrang für Erneuerbaren Energien

Die klimaverträgliche Energieerzeugung liegt im überragenden öffentlichen Interesse. Das wollen wir im Landesklimagesetz und Landesraumordnungsprogramm verbindlich verankern. Dies bedeutet auch, dass andere Interessen wie der Denkmalschutz, Wetterstationen oder die Rohstoffsicherung bei der Flächenausweisung nachrangig zu behandeln sind.

2. 2,5 Prozent der Landesflächen für die Windenergie ausweisen

Nach den Vorgaben des Bundes muss Niedersachsen 2,2 Prozent der Landesfläche verbindlich für die Windenergie ausweisen. Bislang sind es bei der Groko nur 1,1 Prozent. Zudem macht jeder Landkreis bei Abständen, Naturschutz, Wald, Denkmalschutz etc. seine eigenen Regeln. In der Folge wird die Hälfte der regionalen Raumordnungsprogramme erfolgreich beklagt. Das sorgt für Rechtunsicherheit für Investoren und langwierige Neuaufstellungen von bis zu 10 Jahren.

Wir Grüne wollen daher schnell nach einheitlichen Kriterien mindestens 2,5 Prozent der Landesfläche wie in Schleswig-Holstein über das Landesraumordnungsprogramm festlegen. Dadurch setzen wir die Flächen- und Ausbauziele des Bundes zügig und einheitlich um.

3. Naturverträglicher Ausbau

Klimawandel und das Artensterben sind unweigerlich miteinander verbunden. Wir werden beide Krisen bekämpfen und setzen uns für einen naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren und Verbesserungen des Artenschutzes ein.

Für windkraftsensible Arten etablieren wir Artenhilfsprogramme. In Potentialgebieten muss das Land windkraftsensible Arten proaktiv erfassen und kartieren, damit Windinvestoren belastbare Datengrundlagen für eine verträgliche Standortauswahl haben. Im Dialog mit Windbranche und Umweltverbänden entwickeln wir den Leitfaden Artenschutz weiter, um naturschutzfachliche Verfahren und Entscheidungskriterien zu standardisieren.

4. 200 neue Stellen für die Plan- und Genehmigungsbeschleunigung

Bis eine Windanlage ans Netz geht, dauert es im Schnitt acht Jahre. Etwa weil Behörden mangelhaft ausgestattet sind oder Fachdaten, beispielsweise zum Artenschutz, fehlen. Mit Blick auf Versorgungssicherheit und Klimaziele können wir uns diese langen Planungs- und Genehmigungszeiten nicht mehr leisten. Das Land muss etwa die Roten Listen zu Vögeln und Fledermäusen dauerhaft aktuell halten und landesweit kartieren. So muss nicht erst für jede Anlage erneut kartiert werden und es können Artenhilfsprogramme zielgerichtet ausgebaut werden.

Mit Verfahrensbeschleunigungen und einer fachlichen und personellen Stärkung der Planungs- und Genehmigungsbehörden wollen wir die Genehmigungsdauer deutlich verkürzen.

Solar-Offensive für Niedersachsen:

5. Solarpflicht für alle neuen Dächer und Parkplätze

Für alle Neubauten, Dachsanierungen und Parkplätze ist die Nutzung von Photovoltaik wie in Baden-Württemberg verbindlich vorzusehen.

6. Landesdächer blau machen

Das Solarpotential der Landesdächer wollen wir nutzen und alle 3000 Landesgebäude einem Solar-Check unterziehen. Um alle Landesgebäude klimapositiv zu machen und den Landeshaushalt von hohen Energiekosten zu entlasten, richten wir eine Task Force ein.

7. Kombi-Maßnahmen fördern

Dachsanierung und Solaranlage, Photovoltaik und Wärmepumpe, Stromspeicher und Elektromobilität: Haushalte, Industrie und Gewerbe haben eine Vielzahl von technischen Möglichkeiten, ihren Energieverbrauch zu senken, Strom und Wärme selbst zu erzeugen und sich von fossilen Energien unabhängig zu machen. Die Realisierung intelligenter und vernetzter Lösungen wollen wir vereinfachen und fördern.

8. Solarproduktion zurück nach Niedersachsen holen

Wir wollen Niedersachsen als grünen Wirtschaftsstandort stärken, die Fertigung moderner Wärmepumpen ausbauen und mit strategischer Landesbeteiligung die Solarproduktion wieder neu ansiedeln. Die gesamte Wertschöpfungskette von Forschung und Entwicklung, Produktion, Montage und Wartung stärkt die regionale Wirtschaft und schafft sichere und qualifizierte Arbeitsplätze.

9. Hürden im Denkmalschutz abbauen

Klimaschutz und Denkmalschutz dürfen sich nicht ausschließen. Auch historische Gebäude benötigen eine zukunftsfähige Energieversorgung. Wenig sichtbare Erneuerbare-Anlagen dürfen nicht länger als Störung des Erscheinungsbildes von Denkmälern gelten. Der Erlass des MWK, dass nur 10 Prozent der Dachfläche mit Solaranlagen bedeckt sein darf, ist unverzüglich aufzuheben.

Biogas in der Krise besser nutzen:

10. Leistungsdeckel aufheben

Biogasanlagen sind flexibel regelbar und können die wetterabhängige Wind- und Solarstromerzeugung gut ergänzen. Um die aktuellen Gasengpässe zu überbrücken, kann das vorhandene Potential der Biogasanlagen durch Aufhebung der Höchstbemessungsgrenze besser ausgenutzt werden.

11. Verwendung von Abfällen und Reststoffen fördern

Kurzfristige Ausweitungen der Biogasproduktion können über eine verstärkte Nutzung von Bioabfällen, Grünschnitt und Gülle erreicht werden. Dabei setzen wir auf ganzheitliche Nutzungskonzepte, bei denen die entstehende Abwärme beispielsweise in Nahwärmenetze eingespeist wird. Eine Ausweitung der Anbauflächen für Energiepflanzen lehnen wir ab.

12. Unnötige Hürden für die notwendige Lagerung von Gärresten abbauen

Die Bioenergienutzung ist ein wertvoller Beitrag im landwirtschaftlichen Nährstoffkreislauf. Um die notwendige Lagerung der Gärreste bis zum Zeitpunkt der landwirtschaftlichen Ausbringung sicherzustellen, soll diese nicht durch zusätzliche Auflagen gegenüber Gülle-Lagern erschwert werden

